Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags. — Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stad Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf. — Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 45. Freitag den 22. Februar. 1850.

Inhalt.

Berlin, den 20. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Schlächtermeister Karl Friedrich Busse zu Stettin das Prädikat eines Königlichen Hofschlächters zu verleihen.

Berlin, den 21. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Konsistorial-Rath Schriever in Trier den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; so wie dem Steuer-Rezeptor Glander in Acken das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Deutschland.

β Posen, den 20. Februar. Durch Vermittelung eines Abgeordneten der zweiten Kammer liegt uns der Bericht der Commission zur Berathung der Regierunsvorlage, betreffend die Regulirung der Verhältnisse des Großherzogthums Posen, vom 17. December 1849, vor. Derselbe — 46 Seiten enthaltend —, ist mit großer Gründlichkeit und Sorgfalt ausgearbeitet, und wenn auch die Kammer dem Schlußvotum nicht beigetreten ist, so verdient doch namentlich die Beleuchtung der staatsrechtlichen Fragen darin, die mit den nothwendigen Aktenstücken jedesmal unterstützt sind, die Beachtung aller Bewohner des Großherzogthums.

Der erste Theil derselben erwägt den Punkt, in wiefern etwa durch die Verträge und Erklärungen der Preußischen Regierung den 1815 an Preußen zurückgefallenen, mit dem Netzdistrikt 2c. zu dem „Großherzogthum Posen“ vereinigten ehemals Polnischen Landestheilen eine politische Sonderstellung gegenüber den anderen Provinzen des Preußischen Staats zugestanden sei, und kommt zu dem Schlusse: daß nirgends der geringste Anlaß zu einer solchen Annahme sich finde, daß vielmehr das Besitznahme-Patent vom 15. Mai 1815, der Königl. Zuruf an die Einwohner des Großherzogthums Posen vom gleichen Datum, die bereits in der mit der Verordnung vom 30. April 1815, wegen verbesserter Einrichtung der Provinzialbehörden, emanirten „Eintheilung des Preußischen Staats nach seiner neuen Begrenzung“ geschehene Erwähnung Posen's als Provinz, endlich die wegen der Besitzergreifung der Provinz Posen gepflogenen Verhandlungen sehr deutlich darauf hinweisen, daß man dieselbe unter der Benennung „des Großherzogthums Posen“ als einen integrirenden Theil der Preußischen Monarchie ansah und sie demselben Organismus einverleiben wollte, welcher für alle sonstigen Bestandtheile des Preußischen Staats maaßgebend war. Selbst die Bestellung eines Statthalters für diese Provinz dürfe nicht so gedeutet werden, als ob die Provinz eine von der der übrigen Provinzen abweichende und eigenthümliche Stellung zur Preußischen Monarchie hätte einnehmen sollen, da dieselbe wesentlich durch die Rücksicht auf die Persönlichkeit des ernannten Statthalters veranlaßt und nach dessen Abgange auch nicht erneuert worden. Auf ganz unzweideutige Weise lege namentlich eine vom Staatskanzler, Fürsten Hardenberg, veranlaßte, am 7. April 1816 zu Wien von den damaligen Ministern Bülow und Boyen, dem Fürsten Radziwill und dem Oberpräsidenten Zerboni di Sposetti aufgenommene Verhandlung die Intentionen der Preuß. Regierung in Bezug auf die Regelung der Verhältnisse des Großherz. Posens dar. Wir entlehnen aus derselben nachstehende, hauptsächlich bezeichnende Punkte: Das Großherzogthum ist ein integrirender Theil der Preußischen Monarchie und wird zu einem solchen organisirt, jedoch soll hierbei die Nationalität der Einwohner in so weit berücksichtigt werden, als dies mit der Erreichung jenes Endzwecks möglich ist. — Die Besitznahme des Landes wird durch den General-Lieutenant v. Thümen und den Geh. Rath v. Zerboni erfolgen. Erst später werden Se. Durchlaucht, der Fürst Radziwill, in der Provinz eintreffen, und das Nöthige zur Huldigung vorbereiten, auch die letztere entgegennehmen, wenn dies nicht durch Se. Majestät oder den Herrn Staatskanzler geschehen sollte. Unmittelbar nach der Besitznahme wird sogleich mit der Organisation der Provinz nach den für die ganze Monarchie bestehenden Formen vorgeschritten. — Da der Nation die Beibehaltung der Landessprache in allen öffentlichen Verhandlungen zugesichert wird, die Justizpflege aber nach der jetzigen Preußischen Gerichtsordnung in dieser Sprache großen, vielleicht unübersteiglichen, Schwierigkeiten unterworfen sein dürfte, so entsteht die Frage, ob es nicht nöthig sein wird, für die Provinz in der Justizpflege eine Ausnahme zu gestatten und es mit Modifikationen bei dem bisherigen mündlichen Verfahren zu belassen? Zu diesem Ende sollen die diesfälligen Vorschläge des G. R. v. Zerboni dem Justiz-Minister sofort mitgetheilt werden. — Die Provinz leistet ihren Beitrag zum stehenden Heere, wie alle übrigen Preußischen Provinzen. Die Provinz muß nie vergessen, daß sie Sr. Maj. gegründete Ursache zum Mißtrauen gegeben hat. Sie muß Schritte thun, ihre Treue außer Zweifel zu setzen. Die Ernennung eines Statthalters für die Provinz hat die Absicht, die Nation durch die Sendung eines Mitgliedes aus der Königlichen Familie, welches der Nation zugleich von Seiten seiner Geburt angehört, zu ehren, durch dieses Mitglied die Wünsche und Bedürfnisse der Letzteren zu erfahren, und ihr die wohlthätigen väterlichen Absichten Sr. Majestät begreiflich zu machen. Die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte der Provinz liegen außer dem Geschäftskreise des Statthalters. Aus dieser Verhandlung gehe hervor, — fährt der Bericht fort — daß die Provinz Posen im Wesentlichen genau so angesehen und eingerichtet werden sollte, wie alle übrigen Provinzen, und nur Rücksicht darauf genommen worden, daß die Provinz unmittelbar vor ihrer Lostrennung vom Staate insurgirt war, daß ihre Krieger bis zum Friedensschlusse 1814 in den Reihen der Feinde mitgefochten; endlich sei auch dem der Polnischen Bevölkerung tief innewohnenden Gefühl für ihre angestammte Nationalität Rechnung getragen worden. Nur in der Justiz-Verwaltung sei auch in der Folge eine abweichende Behandlung der Provinz Posen eingetreten, dies sei aber dadurch gerechtfertigt, daß in derselben die Französische Gesetzgebung in voller Geltung bestanden, und dies eine Veranlassung darbot, die älteren Verhältnisse nicht vollständig zurückzuführen; dagegen beweise die Abschaffung des Französischen Gesetzbuches in der Provinz, daß man weit entfernt gewesen, das Großherzogthum Posen in einer gewissen Selbständigkeit dem übrigen Staat gegenüber hinzustellen. Der wichtigste Akt der Gleichstellung mit den anderen Provinzen sei endlich die Anordnung der Provinzialstände für das Großherzogthum Posen vom 27. März 1824, wodurch den Einwohnern desselben die in dem Königl. Zuruf vom 15. Mai 1815 zugesagte provinzielle Verfass. wirklich ertheilt worden.

⊙ Berlin, den 19. Februar. Der König hat sich eine Verletzung am Schienbein zugezogen, welche ihn zwingt, das Bett zu hüten. Auf einer Promenade im Charlottenburger Schloßpark ist derselbe über eine gußeiserne Bank gefallen. — Man glaubt, daß die Schließung der Kammern am 26. Februar im Königlichen Schloß nicht durch Seine Majestät wird vollzogen werden können. Aus guter Quelle kann gemeldet werden, daß unmittelbar nach der Schließung der Kammern die neuen Wahlen für die erste Kammer ausgeschrieben werden sollen. Man vermuthet, daß es geschieht, um die jetzt herrschende gute Stimmung im Interesse der conservativen Sache benutzen zu können Die Regierung gedachte, das Vereinsgesetz, sobald es in der ersten Kammer durchgegangen wäre, zu publiciren. Indessen scheint sie davon durch die Erwägung zurückgebracht zu sein, daß von den gesetzlichen Bestimmungen zunächst die conservativen Vereine betroffen würden. — Den Freunden des deutschen Bundesstaates kann die tröstliche Versicherung gegeben werden, daß die österreichischen und russischen Noten, welche gegen den Erfurter Reichstag unter kriegerischer Androhung Protest einlegen sollen, nur in der Region der Journalistik existiren.

⊙ Berlin den 20. Februar. Das Fest, welches die Wahlmänner Berlins ihren vier Abgeordneten zum deutschen Volkshaus geben werden, ist nun auf den 2. März angesetzt und wird im großen Kroll-schen Saale stattfinden. Es sind außerordentliche Maßregeln getroffen, um die Feier so glänzend als möglich zu machen. Der Dekorationsmaler Bartsch ist beauftragt, ein Bild von den größten Dimensionen auszuführen, welches einen Prospekt der Stadt Erfurt mit der Augustinerkirche darstellt, und in demselben Moment, wo der Trinkspruch auf das Parlament ausgebracht wird, entrollt werden soll. Die Stadt Berlin wird ihre Fahnen und sonstigen Embleme zu dem Fest hergeben. In den hiesigen conservativen Vereinen herrscht große Bestürzung wegen des Vereinsgesetzes, und zumal wegen der Bestimmung, durch welche den politischen Vereinen der Verkehr mit einander durch Deputationen, Schriftwechsel u. s. w. untersagt wird. Die Conservativen sehen, daß die Vereine dadurch zur Auflösung gezwungen würden, da nun gerade der Zweck, warum sie constituirt sind, unerreicht bliebe; und sie fürchten, daß die Auflösung einen großen Indifferentismus zur Folge haben und den heimlich wirkenden Demokraten das Feld einräumen würde. Bereits hat die Vossische Zeitung auf diesen Uebelstand aufmerksam gemacht und gezeigt, daß das Gesetz in dieser Beziehung eine Aenderung erfahren müsse oder wenigstens vor der Hand noch nicht publicirt werden dürfe. Vielleicht findet sich die erste Kammer bewogen, das praktische Bedürfniß zu berücksichtigen und das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

☾ Berlin, den 20. Februar. Ganz kürzlich schrieb ich Ihnen, daß die erste Kammer nicht mehr an die Berathung der Einkommensteuer gehen, sondern diese der neuen Kammer, die im Novbr. zusammentritt, überlassen würde. Hiermit hat sich aber die Regierung nicht einverstanden erklären können, sie hat vielmehr darauf gedrungen, daß dieser wichtige Gegenstand noch während der Sitzungsperiode der ersten Kammer seine Erledigung finde. Mitgetheilt habe ich Ihnen ebenfalls bereits, daß sich gewichtige Stimmen gegen die Einkommensteuer erhoben und nachgewiesen haben, daß ihre Einführung keinen Segen bringen würde. Namentlich hat sich's auch unser Magistrat sehr angelegen sein lassen, den Beweis zu liefern, daß eine derartige Steuer in allen großen Städten von höchst nachtheiligen Folgen begleitet sein würde. Auch der Pariser Präfekt hatte sich in einem Schreiben an den Magistrat in diesem Sinne geäußert und auf die Erfahrungen hingewiesen, die Frankreich mit diesem Gesetze zu verschiedenen Zeiten gemacht. Auffallen muß es, daß unsere Demokratie, die seither die Einkommensteuer bei allen Gelegenheiten im Munde führte, jetzt mit einem Male, sei es aus Ueberzeugung oder Parteiansicht, Front gegen sie macht und in ihrem Falle eine Erfüllung der 7. Bitte sieht. — Nun, was ich gestern von Mitgliedern der ersten Kammer gehört habe, läßt es außer allem Zweifel, daß in diesen Tagen das Einkommensteuergesetz beseitigt, und neben der Mahl- und Schlachtsteuer eine Klassensteuer eingeführt wird. Durch letztere sollen die Vermögenden zur Tragung der Mehrkosten herangezogen werden welche unsere jetzige Verwaltung nothwendig macht. — So wären denn alle Besorgnisse und Befürchtungen, die durch die Einführung einer Einkommensteuer hervorgerufen waren, glücklich geschwunden. — Die conservativ-constitutionelle Partei hat in diesen Tagen drei Grundsätze aufgestellt, in denen sie die wesentlichsten Pflichten eines conservativ-constitutionellen Staatsbürgers erkennt und deren Anerkennung zugleich nach zwei Seiten hin einen festen, sicheren Halt gewährt. — Diese lauten: 1) festzuhalten in unerschütterlicher Treue, Ehrfurcht und Liebe zu dem Könige und zu dem angestammten Herrscherhause; 2) festzuhalten an den Bestimmungen der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 und insbesondere an der Vorschrift des Art. 107 derselben, nach welcher die Verfassung nur auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden kann; und 3) Widerstand zu leisten allen verfassungswidrigen, so wie insbesondere solchen Bestrebungen, welche eine Abänderung der Verfassung oder einzelner Bestimmungen derselben auf einem anderen, als dem im Art. 107. bezeichneten Wege der Gesetzgebung bezwecken. Von verschiedenen Seiten wurde noch darauf hingewiesen, daß es ad 3 außerdem Jedem zur besonderen Pflicht gemacht werde, die politische Apathie zu unterdrücken und sich namentlich bei allen Wahlen zu betheiligen. — Es ist daher möglich daß diese Kundgebung, bevor sie von der conservativ-constitutionellen Partei der Oeffentlichkeit übergeben wird, noch einige Abänderungen erfährt. — Mit großer Spannung sieht man dem Spruche der Geschwornen im Steuerverweigerungs-Prozeß entgegen. Einige erwarten eine unbedingte Freisprechung, Andere dagegen, die unter den Geschwornen Bekannte haben, wollen wissen, daß über hervorragende Persönlichkeiten wohl das Schuldig gesprochen werden möchte. — Diejenigen, die am Tage des Verdikts Unruhen besorgen, sehen jedenfalls sehr schwarz; annehmen läßt sich jedoch, daß die Behörde, die bekanntlich von allen Vorgängen genaue Kenntniß hat, für dieen Tag besondere Vorsichtsmaaßregeln treffen wird. — Professor Heydemann wird, wie ich höre, bereits zu Ostern nach Posen übersiedeln. Was wir an ihm verlieren, wissen Sie.

Berlin, den 19. Febr. Dr. Carl Weil wird — in Folge von Differenzen mit den Verlegern und der Vertretung der Betheiligten des Blattes — am heutigen Tage von der Redaktion der Constitutionellen Zeitung abtreten.

— Die feierliche Beeidigung der Räthe und Beamten des Justiz-Ministeriums auf die Verfassung erfolgte bereits gestern in Gegenwart des Herrn Justizministers.

— Nach der Augsb. Allg. Ztg. lautet die an den Preußischen Gesandten in Kopenhagen gerichtete, durch die Dänische Thronrede hervorgerufene Note des Preußischen Kabinets, wie folgt:

In der Thronrede, womit Se. Maj. der König von Dänemark am 30. v. M. den Dänischen Reichstag eröffnet hat, befindet sich ein Passus, welcher geeignet ist, die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland und Preußen insbesondere in falschem Licht erscheinen zu lassen, und welcher mir daher die Nothwendigkeit auferlegt, mich darüber gegen Ew. Hochwohlgeboren auszusprechen. Der Passus lautet: „Noch ist der Krieg nicht zu Ende, sondern nur gehemmt; doch hoffe ich, daß die begonnenen Unterhandlungen zum erwünschten Ziele führen werden, wenn nur nicht irregeleitete Unterthanen bei einer größern Macht Unterstützung finden.“ Daß mit dieser größern Macht nur der Deutsche Bund oder Preußen gemeint sein könne, ist zu klar, als daß die königliche Regierung sich dagegen verschließen könnte. Sie muß daher diesen Worten gegenüber daran erinnern, daß Preußen den Krieg, wie die Unterhandlungen, im Namen und Auftrag des Deutschen Bundes geführt hat, daß der Deutsche Bund aber beides übernommen hat zur Wahrung seiner, ihm in Bezug auf ein Bundesland zustehenden Rechte, deren Beachtung er schon in dem Bundesbeschluß vom 17. Septbr. 1846 in Anspruch genommen. Von einer Unterstützung irregeleiteter Unterthanen des Königs von Dänemark, als solchen, und in der Eigenschaft, in welcher Er dem Dänischen Reichstag gegenüberstand, ist nie die Rede gewesen, und kann in keiner Weise, nach den rechtlich bestehenden und zur Genüge bekannten Verhältnissen, die Rede sein, und die k. Regierung muß sich gegen jede solche Unterstellung feierlich verwahren. Die Verpflichtung des Deutschen Bundes, und in seinem Auftrage Preußens, die Rechte des Herzogthums Holstein, als eines Bundeslandes, incl. seiner Beziehungen zum Herzogthum Schleswig, zur Geltung zu bringen, kann an und für sich nicht zweifelhaft sein; und ist die Berechtigung dazu noch außerdem von Sr. Maj. dem Könige von Dänemark dadurch anerkannt, daß Er in Verhandlungen darüber mit dem Deutschen Bunde und Preußen eingegangen ist. Die Thatsachen sind so klar, daß die obigen Sätze weiter keiner Ausführung bedürfen; ich habe aber, der Möglichkeit einer falschen Auffassung gegenüber, nicht unterlassen wollen, an dieselben zu erinnern, und ersuche daher auch Ew. Hochwohlgeboren, dem k. Dänischen Hrn. Minister-Präsidenten diesen Erlaß vorzulesen und ihm Abschrift von demselben zurückzulassen. Berlin, den 6. Februar 1850. An den k. Gesandten in außerordentlicher Mission, Hrn. Freihrn. v. Werther, zu Kopenhagen. (gez.) Schleinitz.

✝ Breslau, den 17. Februar. Nur noch wenige Worte über jenes von Breslau aus in die Provinz versandte Plakat, welches die Ursache jener Vorfälle in Bernstadt, die den Anlaß zu der Anklage gegeben, war. In Breslau wurde ja nicht gekämpft, weshalb rief man also zwecklos das Landvolk auf? Es hatte damit folgende Bewandtniß. In Breslau waren die Führer der sämmtlichen demokratischen Klubs zur Bildung eines Ausschusses im November 1848 zusammengetreten. Die fliegenden Corps und ein Theil der Bürgerwehr waren entschieden „roth“ und deshalb auch jetzt zum Kampfe bereit. Viele Bataillone waren aber unzuverlässig. Um diese entschieden herüberzuziehen, beschloß man, eine nicht unbedeutende Anzahl Repräsentanten der Bürgerwehr in den Sicherheitsausschuß aufzunehmen. Dies geschah und es bildeten sich nun sofort 2 Parteien. Die eine, aus den meisten Führern der Klubs, überhaupt aus den jüngern,

hitzigern Leuten bestehend, drang auf energische Maaßregeln, sofortiges Losschlagen, Aufrufen der ganzen Provinz u. s. w., indem sie den Zögernden Wiens Beispiel warnend vorhielt. Zu ihr gehörte auch der bekannte Schlesische Gutsbesitzer S., welcher damals von Frankfurt hierhergeeilt war. Die andere Partei, meist aus Vertretern der Bürgerschaft zusammengesetzt, erklärte, sie wolle auf legalem Boden stehen bleiben und den Angriff erwarten, um zu kämpfen. Die Debatten wurden mit Erbitterung geführt. Bis in's Detail ausgearbeitete Pläne, Plakate, Manifeste u. dergl. lagen bereit, die Truppen der Demokratie waren schlagfertig, es fehlte nur das Zeichen. Zur Partei der Unentschiedenen gehörten auch Asch und Engelmann, früher unter allen hiesigen Volksführern die beliebtesten; ihr schwankendes Verhalten in jenen Tagen brachte sie jedoch in solchen Mißkredit, daß sie Gefahr liefen, als Verräther erschlagen zu werden. In jenen Tagen der Ungewißheit, der die Aufforderung Berlins zum passiven Widerstand ein Ende machte, siegten momentan einmal die Radikalen. Sofort liefen ein paar junge Leute mit jenem Plakat auf die Post- und Eisenbahnexpeditionen, und als der Beschluß, loszuschlagen, zurückgenommen wurde, war jener Aufruf schon abgesandt und Hunderte dadurch zu zwecklosem Zuzuge verleitet.

— Die von dem Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung niedergesetzte gemischte Kommission hat bereits den Antrag des Stadtverordneten Schneider angenommen und sich für die Feier eines Constitutionsfestes ausgesprochen. — Gestern Abend fand der große Festball unserer constitutionellen Ressource im Theater statt. Störungen sind nicht vorgekommen. (N. O. Z.)

Liegnitz, den 16. Februar. (D. R.) Die bereits gestern erwähnte und heute noch fortdauerde Aufregung in unserer Stadt wegen provozirender demokratischer Aeußerung des Dr. Kunert, Redakteurs der Silesia, hat den Magistrat als Polizeibehörde bestimmt, eine von jeder Ruhestörung abmahnende Bekanntmachung zu erlassen, und zugleich auf die übeln Folgen fernerer Unordnungen hinzuweisen.

Stralsund, den 16. Februar. Der zum Regiments-Commandeur nach Posen ernannte bisherige Commandant hiesigen Platzes, Oberst von Könneritz, hat sich in der kurzen Zeit seines hiesigen Wirkungskreises durch seine Humanität eine so allgemeine Hochachtung und Liebe in allen Klassen der hiesigen Einwohnerschaft erworben, daß, wie es den Anschein nimmt, es demselben nicht leicht wird, das bisherige Verhältniß aufzugeben; denn seit acht Tagen haben viele Familien noch das Vergnügen, diesem Ehrenmanne bei seinem letzten Besuche in ihrem Kreise ihre Anerkennung seines Wirkens nicht allein auszusprechen, sondern auch demselben ein herzliches Lebewohl und die besten Wünsche für sein ferneres Wohlergehn an den Tag zu legen. Um die Gefühle der Hochachtung für denselben zu bethätigen, hatten alle Stände sich in diesen Tagen zu einem Abschiedsessen in einem hiesigen Hôtel vereinigt; auch in Privatkreisen wurden ähnliche Anerkennungen dem Herrn Oberst zu Theil. Erfreulich ist es, wenn besonders Militairbehörden durch ihre Persönlichkeit, wie sich dies im vorliegenden Falle ergeben, die allgemeine Liebe und Anerkennung der gesammten Einwohnerschaft der ihnen anvertrauten Plätze sich zu erwerben im Stande sind.

Frankfurt a. M. den 15. Februar. Zu Ehren des Prinzen von Preußen veranstaltet nächsten Sonntag auch der K. K. Oesterreichische General-Consul, Baron Anselm v. Rothschild, ein großes Bankett, das, nach den Vorbereitungen zu schließen, überaus glänzend ausgestattet werden wird.

Dresden den 17. Februar. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer begann die Berathung über den Bericht der Kommission, betreffend die deutschen Angelegenheiten. Hr. v. Watzdorf sprach sehr heftig gegen Preußen, und namentlich gegen seinen jetzigen Constitutionalismus. Hr. v. Carlowitz sprach am beredtesten für den Anschluß an Preußen. Es ging eine Menge Verbesserungsanträge ein, so daß die Verhandlungen, nach längerer Dauer bis heute vertagt wurden, wo die Commission über die Amendements Bericht erstattet haben wird.

Oesterreich.

Wien, den 17. Februar. Der Ball, welcher beim regierenden Fürsten Schwarzenberg stattgefunden, bildet noch immer das Salonsgespräch; er wird als der glänzendste der Saison geschildert. Der Kaiser, der gegenwärtig war, blieb bis 4 Uhr Morgens. Die übrige Gesellschaft tanzte bis in den Tag hinein. Um 8 Uhr Morgens war ein großer Theil der Gäste noch beisammen. Eine in früheren Jahren ungewohnte Erscheinung war die Anwesenheit mehrerer Bürgerlichen in diesen sonst so exclusiven Kreisen.

— Das Ereigniß des Tages, wovon Alles mit großer Spannung spricht, ist die bevorstehende Aufführung des „Propheten." Ein hiesiges Blatt brachte neulich das Angebot von 30 Dukaten für Sitze. Für eine Loge bietet Jemand vergebens ein 4 Stock hohes Haus auf dem Graben — es ist Nichts zu bekommen. Um aber einen Blick in die Manipulationen zu werfen, wie alle diese Sitze und Logen verschachert werden, mag unter vielen andern der eine Umstand darthun, daß neulich an der Börse ein Herr E. 80 Sitze zu den übertriebensten Preisen verkaufte, während Jemand, der einige Berücksichtigung Seitens der Theaterdirektion verdient, und noch Jemand, der auch einigen Anspruch darauf hätte, vergebens auf einen Platz wartet. Der erste Jemand ist die „gesammte Presse," der andere ein gewisser, „Giacomo Meyerbeer." Ja so unglaublich es klingen mag, ist der ganzen Presse, so wie Herrn Meyerbeer selbst, bis jetzt nicht ein Platz zur Disposition gestellt worden.

Schweiz.

Zürich den 13. Februar. Gestern wurde den im verflossenen Herbste ausgewiesenen, hier verweilenden deutschen Flüchtlingen, worunter Commelossi, Techow u. A., von Seiten des hiesigen Polizeiamts eröffnet, „daß sie bis zu Ende dieses Monats die Schweiz verlassen müßten." Was die Flüchtlingsfrage im Ganzen betrifft, so soll eine Note des englischen Ministers Palmerston in Bern eingetroffen sein, worin derselbe den Bundesrath auffordere, auf dem seither beobachteten Verfahren in der Flüchtlings-Angelegenheit zu beharren, und sich durch die Drohungen der Mächte nicht einschüchtern zu lassen. Damit würde die Nachricht übereinstimmen, daß der Bundesrath auf die den badischen Flüchtlingen von Seiten ihrer Regierung gedrohte Entziehung des Heimathsrechts der badischen Regierung eröffnet habe, es werde, im Falle der Ausführung dieses Beschlusses, den in der Schweiz ansässigen badischen Bürgern, im Ganzen etwa 15,000, das Niederlassungsrecht entzogen werden.

Bern den 12. Februar. Der frühere Gesandte Englands bei der Eidgenossenschaft, Herr Peel, hatte vor 4 Wochen Bern verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Ganz unerwartet ist er wieder in der Schweiz angelangt. Er kommt von London und scheint eine diplomatische Sendung zu haben. Zuerst ging er nach Genf, hatte dort eine Conferenz mit J. Fazy und wird in der Bundesstadt erwartet. Auch Hr. v. Sydow, der preußische Gesandte, wird, von Berlin kommend, heute hier eintreffen. Aus Paris wird berichtet: Seit einigen Tagen habe Dr. Barmann, Geschäftsträger der Schweiz bei der französischen Regierung, lange und häufige Unterredungen mit dem Minister des Auswärtigen, Gen. Lahitte, so wie mit dem Präsidenten der Republik. Man glaubt, daß diese Conferenzen die Beziehungen der fremden Mächte zu der Schweiz betreffen, welche eine schwierige Wendung genommen haben. General Dufour soll einen Brief an den Präsidenten der Republik in Paris, mit welchem derselbe seit längerer Zeit in freundschaftlichem Verkehr steht, geschrieben haben, in welchem er ausführlich über die Schweizerfrage spricht.

Frankreich.

Paris, den 14. Februar. Das gestern im „Moniteur" erschienene Dekret, wodurch fast ganz Frankreich in drei (mit Paris vier) große Militair-Distrikte eingetheilt wird, die unter den Oberbefehl mehrerer durch ihre Energie und ihre Ergebenheit gegen die gegenwärtige Regierung bekannten Generale gestellt werden, hat die lebhafteste Sensation erregt. Der allgemeine Eindruck, wie ihn auch das Fallen der Course an der gestrigen Börse bestätigt hat, ist der einer bangen Erwartung der Dinge, die da kommen werden.

— Beim Beginne der heutigen Sitzung der National-Versammlung werden die von zwei Mitgliedern der Linken angekündigten Interpellationen wegen der über Proudhon verhängten strengen Haft mit Zustimmung des Ministeriums auf morgen angesetzt. Hierauf wird die zweite Berathung des Gesetzes über das Unterrichtswesen wieder aufgenommen. Flandin (gemäßigter Republikaner von der Partei Cavaignac's) wirft dem Gesetze vor, die Universität von Frankreich zu vernichten und den Unterricht den Händen der Geistlichkeit zu überliefern. Er hält eine Lobrede auf die von Napoleon im Jahre 1808 gegründete Universität von Frankreich, und äußert zum Schluß, das gegenwärtige Gesetz komme ihm vor, wie das Bild des h. Ignatius, daß man unter der Restauration mitunter in den Häusern der Bauern über das Bild Napoleon's geklebt gesehen habe. Der Unterrichtsminister Parrieu bestreitet, daß es auf die Vernichtung der Universität, sondern nur auf Beschränkung ihres Unterrichtsmonopols abgesehen sei. Er erwähnt dabei eine Aeußerung Napoleon's in Bezug auf die Universität, als er dieselbe gründete: „Ich will Jesuiten haben, nicht solche, die ihren Orden in Rom haben, sondern die ihre Richtschnur nach dem Wohle des Landes nehmen." Die wichtige Einrichtung der Departemental-Akademieen, 86 für ganz Frankreich, die unter einem Rektor und einem akademischen Rath stehen, dem der Minister nach Befinden noch einen oder mehrere Inspektoren beigeben kann, wird hierauf ohne Widerspruch angenommen. — Die Bestimmung des Gesetzes im Entwurf der Kommission, daß die Rektoren der Akademieen nicht nothwendig unter den Mitgliedern des Generalrathes gewählt zu werden brauchen, wodurch der Geistlichkeit der Zutritt zum Rektorat der Akademieen eröffnet werden würde, giebt zu einer kleinen Debatte und zu einem Verbesserungs-Antrage Barthelemy de St. Hilaire's Veranlassung, wonach die Rektoren den Grad als Licentiaten der Universität haben müssen. Da sich der Unterrichtsminister damit einverstanden erklärt, was einiges Aufsehen erregt, so wird der Antrag mit 397 Stimmen gegen 184 angenommen, eine ziemliche Schlappe für die Kirchenpartei. Angenommen wird ebenfalls die Bestimmung über die Zusammensetzung der akademischen Räthe aus dem Rektor als Präsidenten, dem Präfekten, dem Bischof (oder deren Bevollmächtigten), einem protestantischen Geistlichen (in den Departements, wo gesetzlich eine protestantische Kirche besteht), einer Magistrats-Person und vier vom Generalrath des Departements gewählten Personen, wovon wenigstens zwei Mitglieder des Generalraths sind, ferner noch aus einem vom Bischofe bestellten Geistlichen. — Vitet, Berichterstatter des Gesetzes über die Eisenbahn von Paris nach Avignon, verlangt die Ansetzung eines neuen Termins für die Diskussion. Auch Bineau, der Minister der öffentlichen Bauten, spricht sich dafür aus, während Montalembert sich widersetzt, um die Berathung des Unterrichtsgesetzes nicht zu verzögern. Die Versammlung, befragt, verlegt die Diskussion über die Eisenbahn von Paris nach Avignon auf den 22. Februar. — Die Diskussion über die akademischen Räthe (besondere Zusammensetzung der akademischen Räthe u. s. w.) wird hierauf fortgesetzt, allein bald unterbrochen durch die Vorlage einer Creditforderung des Finanz-Ministers von 500,000 Fr. zur Bezahlung der Zinsen des Griechischen Anlehens, welche an die Abtheilungen verwiesen wird, und durch die Ankündigung einer Interpellation über die Errichtung der außerordentlichen Militair-Commando's, die Pascal Duprat an das Ministerium zu richten wünscht. Obschon nicht vorher von diesem Wunsche in Kenntniß gesetzt, erklärt der Justiz-Minister Rouher in Abwesenheit des Kriegs-Minister das Ministerium bereit, übermorgen zu antworten. Bei der Abstimmung erhebt fast die ganze Rechte sich für die Genehmigung der Interpellation, und fast Niemand dagegen. — Die Berathung des Unterrichts-Gesetzes wird bei dem 3. Kapitel, von der Beaufsichtigung, wieder aufgenommen. Dasselbe unterscheidet öffentliche Schulen (Gemeinde-, Departemental- und Staats-Schulen) und freie Schulen (solche, die von Privat-Personen oder Associationen gegründet und unterhalten werden). Auf eine Bemerkung von Wallon, daß es hiernach scheinen könne, als ob die Jesuiten wieder das Recht haben sollen, Schulen zu gründen, macht der Vorsitzende Dupin den Vorbehalt, daß auf keinen Fall das öffentliche Recht beeinträchtigt werden könne, worunter er die bestehenden Gesetze gegen die Jesuiten meint. Obschon Montalembert ihn mit den Worten unterbricht: „Allerdings, das verfassungsmäßige Recht," (das bekanntlich den Unterricht frei giebt), so ist durch den Vorbehalt Dupin's der Ausschluß der Jesuiten amtlich ausgesprochen. Die weitere Berathung des Unterrichtsgesetzes bis zum Schlusse der Sitzung bietet kein Interesse dar.

— Man versichert, daß die Anhänger L. Napoleon's auf sofortige Revision der Verfassung, in so weit sie das allgemeine Stimmrecht feststellt, unter Mitwirkung der National-Versammlung hinarbeiten wollen.

Großbritanien und Irland.

London, den 14. Februar. Es wird genügen, die Sitzung des Unterhauses mit einigen Worten zu berühren, da die Gegenstände, welche erörtert wurden, sämmtlich der Art waren, daß sie für den Nicht-Engländer nur von sehr untergeordnetem Interesse sind. Die Discussion drehte sich hauptsächlich um die zweite Verlesung einer Bill, die sich auf die Verwaltung der öffentlichen Gelder in den einzelnen Grafschaften bezieht.

London, den 16. Februar. Zu Anfang der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellte Hr. d'Israeli die Frage an die Minister, ob es wahr sei, daß die Dänische Regierung sich geweigert habe, den Waffenstillstand vom 10. Juli v. J. zu erneuern, und ob in diesem Falle die Erneuerung der Blokade der Ostsee- und Elbhäfen als die natürliche Folge der Weigerung anzusehen sein würde? Ld. J. Russel läugnete, daß die Dänische Regierung sich geweigert habe, den Waffenstillstand zu erneuern.

Rußland und Polen.

Kalisch, den 10. Febr. Nach einem amtlichen, in Warschau so eben erschienenen Berichte sind bei der außerordentlich strengen Grenzsperre im verflossenen Jahre dennoch 20,230 Civilpersonen in Warschau angekommen, deren Heimath außer den Grenzen des Königreichs Polen lag. — Am 7. d. M. hat in Warschau im Brühlschen Palaste ein außerordentlich glänzender Ball stattgefunden, welchem mit dem Fürsten Statthalter alle Civil- und Militairbehörden beigewohnt hatten.

Italien.

Rom, den 8 Februar. In Ankona hat sich ein scandalöser Vorfall ereignet. Auf der Bühne erschien ein Verrückter als Papst gekleidet, der mit dem Rufe ben tornato (glücklich zurückgekehrt) empfangen wurde. Der Oesterreichische Kommandant ließ aber die Vorstellung sogleich schließen und die Schuldigen festnehmen, welche eingestanden, daß sie dafür bezahlt worden waren, um diesen Scandal zu machen.

Spanien.

Madrid, den 9. Febr. Die Schwangerschaft der Königin soll erst Anfangs März amtlich angekündigt werden. Die „Nacion" spricht von einer bis zur Entbindung Isabella's niederzusetzenden Regentschaft, woran jedoch Niemand glaubt. — Man behauptet, die Regierung wolle alle diejenigen Oppositions-Deputirten, welche zugleich Beamten sind, ihrer Stellen entsetzen; Narvaez soll besonders wegen ihres Widerstandes gegen den Gesetzentwurf wegen Forterhebung der Steuern wider sie aufgebracht sein. — Der Infant Don Francisco de Paula wird nach einer amtlichen Bekanntmachung nächstens hieher zurückkehren. — Die Behörden auf Cuba sollen die Ermächtigung zur Herstellung der Klöster nachgesucht haben.

Kammer-Verhandlungen.

113te Sitzung der zweiten Kammer vom 19. Februar.

Die um $10\frac{1}{4}$ Uhr eröffnete Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der fortgesetzten Berathung der Gemeinde-Ordnung. Dieselbe beginnt mit Tit. VII., die Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen enthaltend. — Die Berathung wird beendet, und die Abstimmung über das ganze Gesetz auf morgen angesetzt.

Abg. Bauer erstattet Bericht über den Gesetz-Entwurf, einige Ergänzungen und Abänderungen der Gemeinheitstheilungs-Verordnung betreffend. Die Kammer genehmigt die Vorlage in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der ersten Kammer.

Die Kammer geht hierauf zu dem folgenden Punkt der Tagesordnung über, zu dem Bericht über die von der ersten Kammer beschlossenen Abänderungen des Ablösungs-Gesetzes. Ueber den gemachten Zusatz, betreffend die Eigenthumsverleihung in Oberschlesien, erhebt sich eine Debatte. Die Kommission schlägt vor, in diesem Punkte die Genehmigung zu versagen. In namentlicher Abstimmung wird dieser Antrag mit 212 gegen 19 Stimmen angenommen und der Zusatz der ersten Kammer verworfen. Schluß der Sitzung: $2\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung: heute Abend 6 Uhr.

114te Sitzung der zweiten Kammer vom 19. Februar.

Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung bald nach 6 Uhr. Die Finanz- und Budget-Commission über die in Einnahme gestellte Mennonitensteuer beantragt: die Mennonitensteuer im Betrag von 6623 Thlr. für 1850 vom Etat abzusetzen.

Der Minister des Innern: Wir haben in Preußen 2468 mennonitische Familien. Die große Mehrzahl wohnt in den Niederungen der Weichsel. Die am Rhein wohnenden halten meistens den Militairdienst mit ihren religiösen Ansichten vereinbar; die in Preußen scheinen anderer Meinung zu sein. Als deshalb in der Verfassung die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen wurde, petitionirten die Mennoniten aus Preußen um Befreiung von dieser Bestimmung. Es scheint mir nach der Verfassung jedoch unzweifelhaft, daß auch die Mennoniten ihrer Militairpflicht genügen müssen, so wie dann selbstverständlich die Steuer wegfallen müßte. Indeß fragt es sich, ob die Sache auf diese Spitze zu treiben sei, ob nicht vielmehr die Regelung derselben der künftigen Gesetzgebung vorzubehalten. Mit Rücksicht darauf, daß es den militairpflichtigen Mennoniten in jedem Augenblick frei steht, sich der Steuer zu entziehen, möchte es rathsam sein, die legislative Regelung vorzubehalten.

Anträge auf einfache und motivirte Tagesordnung werden eingebracht.

Der Finanzminister: Ich bitte Sie, die Tagesordnung nicht anzunehmen, da sonst eine Position des Budgets unerledigt bliebe. Dieselbe muß genehmigt oder abgelehnt werden. Die Ablehnung scheint mir jedoch nicht mit dem Art. 108 oder 109 der Verfassung vereinbar, da dadurch eine Steuer als nicht mehr bestehend bezeichnet würde, die nicht durch ein Gesetz aufgehoben ist. Außerdem bemerke ich, daß die Mennonitensteuer auf einer Art von Vertrag beruht. Und ich halte es nicht für billig, daß, da die meisten Mennoniten ihrer Militairpflicht nicht genügt und dafür die Steuern übernommen haben, ihnen jetzt, wo sie über das Alter der Militairpflichtigkeit hinaus sind, die Steuer erlassen wird. Ich glaube, das ist nicht im Interesse derer, die ihrer Pflicht gegen das Vaterland genügt haben. (Bravo.)

Graf Schwerin: Ich glaube, die Ansicht des Finanzministers, die Absetzung der Steuer sei verfassungswidrig, ist unrichtig. Neben der Bestimmung, daß bestehende Steuern nur durch ein Gesetz aufgehoben werden können, befindet sich auch die andere in der Verfassung, daß Steuern nur dann forterhoben werden, wenn sie in den Etat aufgenommen sind.

Der Finanzminister: Ich habe nur meine Ansicht ausgesprochen. Der Zwiespalt würde sich übrigens durch Genehmigung der Position erledigen. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Landfermann, nachdem sich der Finanzminister damit einverstanden erklärt hat, angenommen. Er geht dahin: In der Erwartung, daß die Regierung in der nächsten Session einen Gesetz-Entwurf über die Regelung der Mennonitensteuer vorlegen würde, geht die Kammer ohne weiteres Monitum der Position, zur Tagesordnung über.

Man geht zur Berathung des Budgetberichts über den Etat der öffentlichen Schuld über; Berichterstatter: Abg. Hesse (Sangerhausen).

Der Ausgabe-Etat für die öffentliche Schuld schließt für 1849 mit 7,549,200, für 1850 mit 7,522,000 Thlr. ab. Die gesammte Staatsschuld beträgt jetzt 132,778,568 Thlr.; alle im Ausland kontrahirten Schulden sind längst getilgt; die ursprünglich sehr zahlreichen

Gattungen von Staatsschuldscheinen sind jetzt auf sechs reducirt. Bei dem Abschnitt: von der verzinslichen Staatsschuld, beantragt der Ausschuß: daß mit dem nächsten Etat ein Tilgungsplan der freiwilligen Anleihe von 15 Millionen Thaler vorgelegt und eine entsprechende Summe auf den Etat gebracht werde. Der Finanzminister erklärt sich damit einverstanden. Abg. Wegner wünscht, daß dann in den öffentlichen Blättern die bevorstehende Rückzahlung bekannt gemacht werde. Der Antrag wird angenommen. Betreff der Danziger Freistaatsschulden beantragt der Ausschuß: daß die Stadt Danzig hinfort zur pünktlichen Entrichtung ihres jährlichen Schuldentilgungsbeitrags angehalten werde.

Abg. Grodbeck beantragt Uebergang zur Tagesordnung und der Finanzminister befürwortet dies, weil Verhandlungen zwischen dem Ministerium und der Stadt Danzig über die Regelung der Schuld schwebten.

Der Berichterstatter findet es eigenthümlich, daß die Stadt ihre Schuld mit Tagesordnung bezahlen will. (Heiterkeit.)

Die einfache Tagesordnung wird abgelehnt, dagegen geht die Kammer auf den Antrag des Abg. v. Bodelschwingh: in Erwägung, daß Verhandlungen über die Tilgung der Danziger Schuld schweben, zur Tagesordnung über. Endlich beantragt der Ausschuß: daß die auf dem Verzinsungs-Etat für 1850 ausgebrachten Zinsen des Reservefonds für noch unbekannte provinzielle Staatsschulden (da solche nur noch selten vorkommen) zum Betrage von 20,468 Thlr. 19 Sgr. 1 Pf. abgesetzt werden. Die Kammer stimmt dem bei. Bei dem Abschnitt: von der unverzinslichen Staatsschuld, die gegenwärtig 20,842,347 Thaler beträgt, und zwar bei dem Titel, von den Verwaltungskosten, beantragt der Ausschuß: den für Gratifikationen und Unterstützungen ausgebrachten Betrag von 1000 Thlr. auf 500 Thlr. herabzusetzen.

Der Finanzminister bittet, die 1000 Thlr. bestehen zu lassen; es wären bei der Verwaltung der Staatsschulden 42 Beamte mit 1000 Thlrn. und weniger Gehalt angestellt, sie brauchten um so mehr diesen Zuschuß, als man auf ihre Zuverlässigkeit sich verlassen müsse.

Der Ausschußantrag wird verworfen. Schließlich wird die Ausgabe für 1849 mit 7,549,200 Thlr., für 1850 mit 7,501,531 Thlr. anerkannt. Die Kammer geht darauf zum Budgetbericht über die Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung u. s. f. über, und beschließt, in Erwägung, daß nach den Eröffnungen des Handelsministers, bei sich darbietender Gelegenheit solche fiskalische Werke und Hüttenwerke, bei denen dies ohne Nachtheil geschehen kann, veräußert werden sollen, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag der Commission, von den Dispositionsfonds für außerordentlichen Bedarf 48,000 abzusetzen, wird trotz des lebhaften Widerstandes des Handelsministers und des Regierungs-Commissairs angenommen. (Schluß nach 11 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.)

Locales 2c.

Posen den 21. Februar. Stand des Warthaflusses. — Heute Morgens 7 Uhr 16 Fuß 2 Zoll, Mittag 1 Uhr 16 Fuß 4 Z. Drei der Brückenpfeiler werden stark überfluthet. Auf beiden Ufern, besonders auf dem rechten, nimmt das Element einen immer bedrohlicheren Charakter an. Noch circa ½ Fuß und auch unsere belebte Vorder-Wallischei wird von demselben heimgesucht.

Posen, den 21. Febr. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten theilte zuvörderst der Vorsitzende, Prof. Müller, dem Collegium ein Schreiben des Stadtraths Hrn. Kießling mit, worin dieser den Stadtverordneten seine Versetzung nach Berlin anzeigt und ihnen für das ihm bewiesene Zutrauen seinen Dank abstattet. Das Collegium beauftragte den Vorsteher, dem Hrn. Kießling für die Bereitwilligkeit, mit welcher er die Leitung des städtischen Schulwesens übernommen, und für den Eifer, womit er dasselbe verwaltet, den Dank der Stadtverordneten auszusprechen. — Hiernächst trug der Vorsitzende einen schriftlich eingereichten Vorschlag des Hrn. Stojanowski zur Vertilgung der in Posen nach gerade überhand nehmenden Ratten vor. Derselbe verlangt die Anstellung von eigenen Rattenvertilgern auf Kosten der Einwohner, damit in ganzen Stadtbezirken gleichzeitig eine allgemeine und nachhaltige Ausrottung dieses lästigen Ungeziefers vorgenommen werden könne. Die Versammlung erkannte das Vorhandensein des Uebels an, glaubte jedoch, daß das vorgeschlagene Mittel nicht unbedingt anwendbar sei, da kein Hausbesitzer gezwungen werden könne, Gift in seinem Hause zu legen. Indessen war die Majorität doch der Ansicht, daß dieser Gegenstand in nähere Erwägung zu ziehen und deshalb die Eingabe zunächst dem Magistrat zur gutachtlichen Aeußerung mitzutheilen sei. — Hierauf gab das Gesuch des Mühlenbesitzers Rabbow (dessen Fabrikgebäude und Speicher bekanntlich im verflossenen Herbst abbrannten) um Entbindung von der Lieferung des Oelrestes pro 1849 zu einer Discussion Anlaß. Der Vorsitzende äußerte, daß Herr Rabbow rechtlich zwar verpflichtet sei, die contraktlich eingegangenen Bedingungen zu erfüllen, daß jedoch das den Bittsteller betroffene große Unglück wohl eine Berücksichtigung der Commune, deren Mitglied derselbe sei, verdiene. Auf Befragen des Stadtverordn. Breslauer gab der Stadtrath Thayler Auskunft über die Differenz in den von Hrn. Rabbow übernommenen Preisen und dem spätern Ankaufspreise des Oels, wonach dieselbe im Ganzen 358 Rthlr. beträgt. Da die Königl. Intendantur, für welche der 2c. Rabbow die Oellieferung gleichfalls übernommen, die Hälfte der Differenzsumme demselben erlassen, so beschloß die Versammlung auf den Antrag des Hrn. Breslauer ein Gleiches zu thun, und die oben erwähnten 358 Rthlr. auf 179 Rthlr. zu ermäßigen. — Sodann legte der Vorsitzende der Versammlung den von dem Vorsteher der Berliner Gewerbeschule, Hrn. Druckmüller, ausgearbeiteten, durch Vermittelung des Kammerdeputirten Hrn. Hoffmeyer ihm zugegangenen Plan zur Herstellung einer vollständigen Provinzial-Gewerbeschule, in Verbindung mit einer Handwerker-Sonntags- und Abendschule und einer Vorbereitungsklasse, vor, und fragte, ob das Collegium geneigt sei, den Plan sofort in Berücksichtigung zu ziehen, oder ob dasselbe ihn vorläufig reponiren wolle, bis das Unterrichtsgesetz erschienen und Näheres über die hier zu gründende Realschule bekannt geworden sei. Er fügte noch die Mittheilung hinzu, daß, wie ihm bekannt geworden, dem Magistrat schon ein Plan zur Erweiterung der hiesigen Gewerbeschule vorliege. Der Stadtverordn. Baarth verlangte, daß über den Antrag einfach zur Tagesordnung übergegangen werde, weil das Bedürfniß zur Herstellung einer solchen Anstalt hier dermalen nicht vorhanden sei, zumal hier schon eine vom Staat ressortirende Gewerbeschule bestehe und die Commune durchaus nicht die Mittel zur Gründung neuer Anstalten besitze, was dem Staate überlassen werden müsse. Der Vorsitzende bemerkte hierauf, daß in dem Begleitschreiben aus Berlin gesagt sei, der Staat werde nicht abgeneigt sein, zu einer solchen vollständigen Gewerbeschule einen jährlichen Beitrag von vielleicht 1500 Rthlr. zu bewilligen, so fern die Commune von ihrer Seite jährlich mindestens 500 Rthl. dazu auswerfe. Hr. St.V. Kaatz, der in Abwesenheit der beiden Schriftführer das Amt eines Secretairs versah, sprach sich in einem längeren Vortrage dafür aus, daß der Vorschlag in nähere Berücksichtigung zu ziehen sei und verlangte die Ernennung einer Commission zur Prüfung des vorgelegten Planes. Der Antrag wurde von Hrn. St.V. Jonas und Andern unterstützt, und darauf eine Commission, bestehend aus den Hrn. Müller, Matecki und Kaatz, erwählt, um in Verbindung mit dem zur Theilnahme einzuladenden Magistrat den Plan zu prüfen und über dessen Anwendbarkeit in Posen Bericht zu erstatten. — Hiernächst wurden 6 Veräußerungsconsense vollzogen. — Darauf gab der Antrag des Magistrats, für die Vorstadt Columbia einen eigenen Nachtwächter anzustellen, um ähnliche Unfälle, wie kürzlich dort vorgekommen, daß nämlich ein Haus in der Nacht abgebrannt sei, ohne daß man in der Stadt davon Kenntniß erhalten, für die Zukunft zu verhüten, zu einer Debatte Anlaß. Hr. Stadtrath Jesiorowski sprach für die Nothwendigkeit der Anstellung eines Nachtwächters, Herr Freudenreich dagegen, weil, wie er sich äußerte, derselbe beritten sein müsse; indessen trat doch die Majorität dem Vorschlage des Magistrats bei und beschloß die Anstellung eines eigenen Nachtwächters für die genannte Vorstadt. (Schluß folgt.)

♂ Schildberg, den 19. Februar. Die hiesige Stadt will dem Beispiel der großen Städte nachahmen und ihr Ehrenbürgerrecht vergeben. Die Sache ist höchst possirlich, aber wahr. Was hat unser Landrathsverweser für die Stadt gethan, daß Ihr ihm Euer Ehrenbürgerrecht geben wollt? — Er hat ein Verdienst, das Verdienst der Bildung und der guten Gesinnung; — aber um Eure gute Stadt hat er sich noch kein Verdienst erworben; — denn sonst müßte so Manches anders sein.

Musterung polnischer Zeitungen.

Nach einer Darlegung des Ganges der Verhandlungen der zweiten Kammer in der Sitzung vom 13. Februar über die Posener Frage schließt ein Correspondenzartikel des Dziennik polski in Nr. 40 mit folgender Betrachtung: Wir sehen aus dieser Darlegung, daß der Minister des Innern sein, den polnischen Deputirten gegebenes Wort gelöst hat. Ihre Enthaltung der Abstimmung in der Pairiefrage hat das Großherzogthum von der Theilung gerettet. Ich bin nicht der Ansicht, geehrte Redaction, daß das Projekt der Theilung des Großherzogthums nur eine zum Schrecken der polnischen Deputirten aufgestellte Scheuche (babuk) gewesen. Ich möchte wünschen, daß man im Großherzogthum glaube, daß es ein wahrer Babuk gewesen. Die Worte des Ministers zeigen dies nur zu deutlich. Wir müssen uns übrigens nun einmal entscheiden, welche Politik wir befolgen wollen. Die eigenthümliche Stellung des Großherzogthums empfiehlt die Befolgung der Utilitäts-Politik, die prinzipielle Politik dagegen wird von der Gesammt-Stellung Polens gefordert. Sollten die polnischen Deputirten in den Preußischen Kammern sich zu ersterer entschließen, so würden sie oft wider ihren Willen politische Heiden sein müssen; sie würden aber für das Land etwas erwirken und es vor völliger Vernichtung bewahren können. Befolgen sie die zweite, so werden sie freilich wohl Apostel des Freiheitsprinzips werden, sie werden sterben als Märtyrer, die Nation wird sie ins Pantheon aufnehmen — die Wiege Polens aber geht damit unter. — Werden unsere Nachfolger sich darüber freuen? — Nach Verlust der Arme und Beine muß der Rumpf mit Herz und Kopf aus Ohnmacht und Hunger im Spital enden.

Personal-Chronik.

Bromberg, den 18. Februar. (Amtsbl. Nr. 7.) Der Lehrer Sücker aus Stüffelsdorf ist als Lehrer bei der evangelischen Schule zu Niezwiad (Bärenbruch), Kreis Schubin, angestellt worden. — Der Lehrer Daniel Kempke hierselbst ist definitiv in seinem Schulamt bestätigt worden. — Der Lehrer Freyer an der evangel. Schule in Imielinko, Kr. Gnesen, ist im Schulamte definitiv bestätigt worden. — Der Lehrer Conin aus Fordon ist als Lehrer an der jüdischen Schule zu Mroczen, Kr. Wirsitz, bestätigt worden.

Kunst-Notiz.

Wir wohnten gestern der durchweg ausgezeichneten Vorstellung der Averinoschen Künstlergesellschaft bei ganz gefülltem Saal von Anfang bis zu Ende bei und machen es uns zur angenehmen Pflicht, im Interesse der Kunst und des Publikums darüber zu berichten. Nach den brav ausgeführten Seiltänzen der beiden Damen gehen wir sogleich zur Leistung des Direktors Herrn Michele Averino auf dem Seil über. Herr Averino, wiewohl bereits im reiferen Mannesalter, producirt sich mit einer Leichtigkeit und Sicherheit, welche zeigt, daß die Jahre spurlos an ihm vorübergegangen sind. Dabei ist seine Haltung die eines stolzen, römischen Triumphators, der, gehoben vom Bewußtsein seiner Siege, um sich schaut; mit einem Wort, Hr. Averino ist der Typus der edlen Männlichkeit. Erstaunenswürdig sind seine Exercitien auf dem Sessel, der mit 2 Füßen, ja selbst nur mit einem auf dem Seil ruht, und dessen der Künstler sich zum Sitzen und zum Stehen bedient, gleich als stünde derselbe auf ebner Erde. Herr Averino nimmt denselben mit starkem Arm hinter sich hervor, schwingt ihn in die Luft, setzt ihn blitzesschnell wieder hinter sich aufs Seil und sich darauf und macht sichs bequem. Doch es würde uns zu weit führen, allen Einzelnheiten zu folgen, und wir sind den übrigen Künstlern auch Berücksichtigung schuldig. Hr. Eugenio Averino und Hr. Menabeni in ihren gymnastischen Exercitien zeigen bei seltenem Aplomb außerordentlich viel Grazie. Wir haben über die Leistungen der Kaiserschen Athleten-Gesellschaft vor Kurzem uns vortheilhaft ausgesprochen: nun, was diese zu ebener Erde producirten, produciren die Herren Averino und Menabeni auf dem Seil. Besonders hervorzuheben sind ihre Leistungen auf 2 nebeneinander gespannten Seilen und die darauf ausgeführten malerischen Stellungen.

Hr. Menabeni zeigt sich außerdem noch als einen der stärksten und gewandtesten Athleten, indem er mehrere Zentnergewichte mit der größten Leichtigkeit handhabt.

Viel Vergnügen machte die Pantomime „Arlequin als Arzt", in welchem besonders Hr. Menabeni als „Pierrot" reichen Beifall erntete; er war auch wirklich classisch und spielte ganz im italienischen Geschmack mit Grimacen von der höchsten Komik. Der deutsche Ernst mag über diese Art von stummer Posse gravitätisch-mitleidig die Achseln zucken, sie hat aber doch etwas ungemein Erheiterndes durch das kindlich Spielende und Burleske in der Anlage sowohl, als auch in der Ausführung, und rathen wir Hypochondern dringend, diese Medizin sich nicht zu versagen. Arlequin wird, als ihr Arzt, die Ehre haben, auch den ärgsten Spleen wenigstens momentan zu bannen.

Zum Schluß sahen wir eine neue Gallerie Marmorpruppen; wir heben als besonders gelungen hervor: Attilius Regulus, Abschied nehmend, Oratio, seine Schwester tödtend, Cajo Martio (nach Raphael), Johanna Gray auf dem Schaffot; kommen auch wohl später noch auf diese Kunstleistungen zurück. Das Publikum aber bitten wir, von der Richtigkeit unseres Urtheils sich zu überzeugen.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Angekommene Fremde.

Vom 21. Februar.

Lauk's Hôtel de Rôme: Ober-Geometer Seeger a. Woldenberg; die Kaufl. Bonn u. Rosenthal a. Berlin; Gutsb. Wirth a. Lopienno.
Hôtel de Bavière: Landschaftsrath Rißmann a. Obrzycko; Kfm. Wilden a. Berlin; die Gutsb. Bretkreucz a. Urbanie; Szenyc a. Trzelino u. v. Lubienski a. Podlifzki.
Bazar: Frau Gutsb. v. Bninska a. Gołuchowo; die Gutsb. v. Bieganski a. Cykowo u. v. Raczynski a. Biernatki; Gutsverw. Plewkiewicz a. Psarski
Schwarzer Adler: Dekan Grabowski a. Jaraczewo.
Hôtel de Dresde: Kfm. Elias a. Danzig.
Hôtel à la ville de Rôme: Gen.-Bevollm. Szmitt a. Neudorf; Kfm. Schreiber a. Grünberg.
Hôtel de Berlin: Die Gutsb. v. Steinborn a. Woycin; v. Łącki a. Kazmierz; Haak a. Nowiec; v. Otocki a. Chwalibogowo u. v. Zaleski a. Podobowice; Pastor Buchholz a. Kosten; Administ. Engler a. Budzyn; Wirthschafter Jakobi a. Trzianka; Gutsp. Reißert a. Wielichowo.
Hôtel de Hambourg: Gutsb. Mittelstädt a. Sielec.
Hôtel de Pologne: Kassen-Assistent Fromm a. Rogasen; Wirthschafter Kurowski a. Psarski.
Krug's Hôtel: Schriftsetzer Freitag a. Berlin.
Im Eichborn: Die Kaufl. Friedländer u. Schocken a. Rogasen; Karger a. Obrzycko u. Licht a. Czerniejewo
Im Eichenkranz: Kfm. Wolfsohn a. Inowraclaw.
Weißer Adler: Handl.-Reisender Weiner a. Glogau; Konditor Karpowski a. Samter.
Zur Krone: Die Kaufl. Simonsohn a. Beelitz u. Fränkel a. Gnesen.

Markt-Berichte.

Posen, den 20. Februar.

Weizen 1 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rthlr. 25 Sgr. 7 Pf. Roggen 25 Sgr. 6 Pf. bis 28 Sgr. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 16 Sgr. 11 Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Kartoffeln 11 Sgr. 1 Pf. bis 12 Sgr. 5 Pf. Heu der Centner zu 110 Pfund 20 Sgr. bis 25 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr. Butter ein Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 10 Sgr. bis 1 Rthlr. 15 Sgr.

Berlin, den 20. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 50—54 Rthlr. Roggen loco und schwimmend 26—$27\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Frühjahr $25\frac{1}{4}$ Rthlr. Br., 25 verk. u. G., Mai-Juni $25\frac{1}{2}$ Rthlr. bez., Br. u. G., Juni-Juli $26\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $26\frac{1}{4}$ verk. Gerste, große loco 22—24 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16—18 Rthlr., pr. Frühjahr 50pfd. 15 Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ G. Erbsen, Kochwaare 32—40 Rthlr., Futterwaare 29—32 Rthlr. Rüböl loco $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $\frac{1}{3}$ G., pr. Febr. $13\frac{5}{12}$ a $\frac{1}{3}$ Rthlr. verk., $13\frac{5}{12}$ a $\frac{3}{8}$ Br., $\frac{1}{3}$ G., Febr.-März $12\frac{5}{6}$ a $\frac{3}{4}$ Rthlr verk., $12\frac{5}{6}$ Br., $\frac{3}{4}$ G., März-April $12\frac{7}{12}$ a $\frac{1}{2}$ Rthlr. verk., $12\frac{7}{12}$ Br., $\frac{1}{2}$ G., April-Mai $12\frac{13}{24}$ u. $\frac{1}{2}$ Rthlr. verk., $12\frac{1}{2}$ Br., $\frac{5}{12}$ G., Mai-Juni $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{4}$ G., Sept.-Okt. 12 Rthlr. bez. u. Br., $11\frac{5}{6}$ G. Leinöl loco $11\frac{5}{6}$ Rthlr. Br., pr. März-April $11\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., April-Mai $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{4}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{2}{3}$ a $12\frac{3}{4}$ Rthlr. Hanföl 14 Rthlr. Südsee-Thran $12\frac{1}{2}$ a $12\frac{3}{4}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $13\frac{1}{4}$ Rthlr. verk., mit Faß $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., Febr.-März $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., März-April $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., April-Mai $13\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. u. Br., $\frac{1}{2}$ G., Mai-Juni $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 bez. u. G., Juni-Juli $14\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ bez. u. G., Juli-Aug. $15\frac{1}{12}$ Rthlr. Br., 15 bez. u. G.

Berliner Börse.

Den 20. Februar 1850.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$105\frac{1}{4}$	$104\frac{3}{4}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	88	$87\frac{1}{2}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	$104\frac{1}{4}$	$103\frac{3}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	$104\frac{3}{4}$	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{4}$	—
Grossh. Posener "	4	101	—
" "	$3\frac{1}{2}$	91	$90\frac{1}{2}$
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	96	$95\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{2}$	96
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{2}$	95
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$94\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{6}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$91\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	4	—	95
Berlin-Hamburger	4	—	$80\frac{3}{4}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	100
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$65\frac{1}{4}$
" " Prior. A. B.	4	94	—
" " "	5	$100\frac{1}{2}$	—
Berlin-Stettiner	4	$105\frac{1}{4}$	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$95\frac{1}{8}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$101\frac{1}{4}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	143
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{4}$	$83\frac{1}{4}$
" Prioritäts-	4	95	—
" "	5	$103\frac{1}{2}$	—
" " III. Serie	5	$102\frac{3}{4}$	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$104\frac{1}{2}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$103\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	77	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	—	$65\frac{1}{4}$
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{4}$

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Heute Freitag den 22. Februar. Zum Drittenmale: **Glück und Talent**; Schauspiel in 5 Akten von Zwengsahn. (Manuscript.)

Für die im Guhrauer Kreise Verunglückten sind überhaupt bei uns eingegangen 224 Rthlr. 2 Sgr., 4 Louisd'or und 2 Frd'or., wovon wir den Rest mit 8 Rthlr. 2 Sgr. heute an das Unterstützungs-Comité in Guhrau abgesandt haben.

Für die Armen der Stadt Posen gingen ein: 51 Rthlr. 20 Sgr., welche dem betreffenden Comité ausgeantwortet worden sind.

Posen, den 21. Februar 1850.

Die Zeitungserpedition von W. Decker & Comp.

Bekanntmachung.

Das im Schildberger Kreise des Regierungs-Bezirks Posen belegene Domainen-Vorwerk Namyslaki, bestehend aus:

11 Mrg.	118 □R.	Hof- und Baustellen,		
10 =	123 =	Gärten,		
833 =	147 =	Acker,		
320 =	126 =	Wiesen,		
397 =	144 =	Hütung,		
2 =	117 =	Gewässer,		
69 =	80 =	Unland,		
Summa 1646 Mrg.	138 □R.			

soll von Johannis 1850 bis Johanni 1862 im Wege der öffentlichen Licitation verpachtet werden, und haben wir zu diesem Behuf den Bietungs-Termin in loco Namyslaki auf

den 13. April 1850 Vormittags 10 Uhr

vor dem Regierungs-Rath Meerkatz anberaumt.

Jeder Bieter hat zur Uebernahme der Pacht ein disponibles Vermögen von 4500 Rthlr. nachzuweisen, an Bietungs-Caution Eintausend Thaler in baarem Gelde oder inländischen öffentlichen Papieren nach dem Courswerthe zu bestellen, welche die drei Bestbietenden bis zur Entschließung des Königl. Finanz-Ministeriums über den Zuschlag bei unserer Haupt-Kasse deponiren müssen.

Die bis zum Schluß der Pacht zu legende Pacht-Caution beträgt 400 Thaler, der anschlagsmäßige Pachtzins aber, von welchem ein Drittheil in Golde nach dem Nominalwerth zu entrichten ist, 900 Thlr.

Die speciellen Pachtbedingungen sind auf dem Domainen-Rentamt Schildberg und in unserer Registratur einzusehen, welche letztere auch Karte nebst Vermessungs- und Bonitirungs-Register vorlegen wird.

Posen, den 30. Januar 1850.

Königliche Regierung,
Abtheilung für die direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Nothwendiger Verkauf.
Kreis-Gericht zu Trzemeszno.

Das im Mogilnoer Kreise belegene, dem Rieselmeister Anton Wasielewski gehörige Erbpachts-Vorwerk Stawisko nebst Zubehörungen, gerichtlich abgeschätzt, und zwar:

a) den Ertragswerth mit 5 pro Cent, zu Capital gerechnet auf .. 8629 Rthlr. 15 Sgr.,

b) desgleichen zu 4 pro Cent auf 10,787 Rtlr. 8 Sgr. 4 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 25sten April 1850 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die Hagelschaden-Versicherungs-Gesellschaft zu Erfurt,

gegründet auf Gegenseitigkeit, zählte am 1. Januar 1850 d. J. 7100 Mitglieder mit 9 Millionen Thaler Versicherungs Summe.

Die Prämien stellen sich auf $\frac{2}{3}$ % für Halm- und Hackfrüchte.

Die Beiträge, beispielsweise für das Jahr 1849, stellten sich, trotz eines Nachschusses, **kaum halb so hoch, als bei der Schwedter Gesellschaft.**

Die ordentlichen (5 jährigen) Mitglieder participiren an dem Gewinne der Gesellschaft.

Statuten und Antragsformulare befinden sich bei den General-Agenten

C. Müller & Comp.
Sapiehaplatz No. 3.

und bei den Agenten
Herrn M. Berliner in Ostrowo.
= Buchwald in Birnbaum.
= Apoth. Beckmann in Jutroschin.
= Dannowski in Jarocin.
= Hartmann in Wronke.
= Hedinger in Lissa.
= Jeenicke in Bentschen.
= Kadziblowski in Schrimm.
= Knappe in Krotoschin.
= Oettinger in Rakwitz.
= Piton in Wongrowiec.
= H. Reiche in Schwerin a. d. W.

Hohe Gasse No. 4. im Schlossermeister Schneiderschen Hause 2 Tr. vorn heraus ist eine gut möblirte Stube zu vermiethen. Näheres zu erfahren Parterre rechts beim Schlosserm. Hrn. Schneider.

Bei der jetzt wieder eröffneten Schifffahrt erlaube ich mir meinen geehrten Geschäftsfreunden und dem nach hier verkehrenden Publikum mein **Speditions- und Verladungsgeschäft** zu Wasser und Eisenbahn bestens zu empfehlen. Durch rasche Beförderung der Güter vermittelst thätiger und möglich billigst fahrenden Schiffer werde ich das mir geschenkte Vertrauen stets zu würdigen suchen.

Stettin, den 18. Februar 1850.

Julius Töplitz.

Heute **empfing ich wieder** eine neue Sendung

Feinste parfümirte Cocos-Seife
à Stück $1\frac{1}{2}$ Sgr.,

das Beste für die Toilette und zur Verfeinerung der Haut, empfiehlt und ist nur allein zu haben

Neuestraße bei **Ludw. Joh. Meyer.**

Aechte Porcellan-Tassen von **25 sgr.,** so wie **Teller von 1 Rthlr. 20 sgr. per Dutzend** ab empfiehlt

die Galanterie-, Porcellan- und Glaswaaren-Handlung

Nathan Charig,

vormals: **Beer Mendel,**
Markt No. 90.

Zucht-Böcke-Verkauf.

Die Herrschaft Partschendorfer Oekonomie-Verwaltung in Mähren, Prerauer Kreises, an der schlesischen Grenze und von der Nordbahn-Station Ständing eine halbe Meile entfernt, bringt hiermit zur Kenntniß: daß in den hiesigen Merinos-Stamm-Schäfereien mit dem Verkauf edler Zuchtböcke begonnen, und wird dabei bemerkt, daß dieselben überaus gesund, sehr kräftigen Schlages und hochedle Wolleträger sind. — Woll-Musterkarten, so wie der der Zeit angemessene Preis der verkäuflichen Böcke liegen bei Herrn Oberamtmann **Methner** in **Breslau,** Ohlauer-Straße No. 58. zur Ansicht bereit, und wird den Herren Schäferei-Besuchenden nach vorangegangener Anzeige ihrer Ankunft Fahrgelegenheit zum genannten Bahnhof gestellt werden.

Carl Langner,
Oekonomie-Verwalter.

Sehr schön eingemache **Ungarische Wallnüsse** mit **Rheinwein-Zucker-Sauce** zur Labung und Stärkung für Kranke offerirt

O. W. Fiedler,
am Breslauer Thorplatz.

Eine neu und sehr zweckmäßig erbaute Oelmühle ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Z.

Die Goldbergerschen galvano-electrischen Rheumatismus-Ketten

sind nach wie vor in ***Posen nur allein*** bei ***Ludwig Johann Meyer,*** Neuestrasse neben der Griechischen Kirche, in ihrer ursprünglichen, bisher ***unübertroffenen Form*** und ***Zusammenstellung*** echt und zu den festgestellten Fabrikpreisen zu haben. Zur Empfehlung dieser in Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Polen, Spanien, Schweiz, Russland, Italien, Ungarn und Nord-Amerika verbreiteten, von mir erfundenen und verfertigten sogen. Goldbergerschen Ketten wird es genügen anzuführen, dass dieser galvano-electrische Apparat in ***seiner bisherigen Construction*** durch die scientifischen (wissenschaftl.) Forschungen der ***medic. Facultät zu Wien*** u. folg. ***wohlrenommirter Aerzte:***

Dr. **Harless,** Kgl. Pr. Geh. Rath, Ritter d. Roth. Adlerord. u. Prof. a. d. Univ. zu Bonn; Dr. **Braun,** Kgl. Sächs. Prof. a. d. Univ. zu Leipzig; Kgl. Baiersch. Medic.-Rath Dr. **Dotzauer** in Bamberg; Kgl. Pr. San.-Rath u. Kreis-Phys. Dr. **Filehne** in Erfurt; Dr. **Alois Prosper Raspi,** Prof. u. Procur. an der K. K. Univ. zu Wien; Kgl. Sächs. Med.-Ratk Dr. **Clarus,** Prof. a. d. Univ. zu Leipzig; Dr. **Lange,** Kgl. Kreis-Chirurg. u. Kreis-Direct. in Quedlinburg; Dr. **Koch,** Herzogl. Nassauisch. Med.-Rath in St. Goarshausen; Fürstl. Rath u. Phys. Dr. **F. Hartmann** in Arnstadt; Dr. **Nick,** Kgl. Würtemb. Amts-Arzt in Isny; Dr. **J. N. Saller,** Leib-Arzt Sr. Hoh. d. Herz. Ferdinand, Ritter etc. zu Wien; Dr. **Weiss,** Kgl. Pr. Regim.-Arzt in Potsdam; Dr. **Gustedt,** Kgl. Kreis-Phys. in Wolmirstedt; Dr. **Ant. Dav. Bastler,** Kais. Prof. zu Wien; Dr. **Engler,** Kgl. Kreis-Phys. in Breslau; Kurfürstl. Landger.-Arzt Dr. **Kampfmüller** in Cassel; Dr. **Mankiewicz,** Kgl. Kreis-Phys. in Nakel; Kgl. Hannov. Land-Phys. Dr. etc. **Krohne** in Nordheim; Dr. **Haas,** K. K. Stadt-Phys. in Budweis (Böhmen); Dr. **Arnold,** Comm. Arzt in Schweidnitz; Kgl. Dän. Bat.-Arzt **A. Gerner** in Copenhagen; Dr. **Theoph. Fleischer,** Mitgl. d. med. Facultät zu Wien; Kgl. Milit.-Arzt **Flieger** in Königsberg in Pr.; Stadt- u. Crim.-Arzt **Georg Hickel** in Neutitschein (Mähren); **Doudaine,** doct. en Médec., de la Faculté de Paris; Dr. **Carl Sterz,** K. K. Primar-Arzt in Wien; Dr. **Norbert Avée,** Mag. d. Geburtshülfe u. Heilkunde in Andrichau (Galizien); Dr. **Müller,** Herz. Nassauisch. Med.-Rath in Wiesbaden; Dr. **Arntz,** pract. Arzt in Cleve; Dr. **Remack,** pract. Arzt in Posen; Kgl. Bat.-Arzt **Rabetge** in Oppeln; Milit.-Arzt **Herrm. Kraus** in Leipzig; Dr. **Ley,** pract. Arzt in Schleusingen; Dr. **Haarmann,** pract. Arzt in Gerbstädt; Dr. **L. Schwarzenberg,** pract. Arzt u. Wundarzt in Schakensleben; Dr. **Kahleis,** pract. Arzt in Radegast bei Delitzsch; Dr. **Haselof,** pract. Arzt in Berlin; pract. Wundarzt **Schiefer** in Buckau-Magdeb.; pract. Zahnarzt **F. Felgentreff** in Potsdam; Dr. **Ruge,** pract. Arzt in Berlin; Dr. **Oppler,** pract. Arzt in Tarnowitz; Dr. **Schüller,** pract. Arzt in Lüben; Dr. **Speyer,** pract. Arzt in Jauer; Wundarzt **Weinsheimer** in Nailla (Baiern); Dr. **Stempel,** pract. Arzt in Neustadt a. d. H. (Baiern); Dr. **Carl Böhm,** pract. Arzt in Clausthal (Hannover); Dr. **Forster,** pract. Arzt in Carlsbad (Böhmen); Dr. **Wendt,** pract. Arzt in Boitzenburg; Dr. **Gentil,** pract. Arzt in Strassbessenbach bei Aschaffenburg; Dr. **Krogmann,** pract. Arzt in Hagenow; Dr. **Adam Heinrich Meyer** in Chemnitz; pract. Wundarzt u. Operat. **Carl Gust. Troitzsch** in Frankenberg (Sachsen); Dr. **Frank,** pract. Arzt in Wurzen; Dr. **Riemschneider,** pract. Arzt in Grimma; Baccal. med. **Schmidt** in Leipzig; Chirurg. **Ignaz Rauschenberger** in Ybbschütz (Oesterr.); Dr. **Arnold Gusmann,** pract. Arzt in Lemberg; Bez.-Chirurg. **Anton Piringer** in Gleinstätten (Steyermark); Dr. **J. F. Kirsten,** pract. Arzt in Leipzig; Dr. **Weiss,** pract. Arzt in Speier; pract. Arzt Dr. **Scharff** in Gebesee (Reg.-Bez. Erfurt); Dr. **Pauck,** pract. Arzt in Neuhaus (Böhmen); Dr. **Kalt,** pract. Arzt in Coblenz; Dr. **J. C. A. Buhle,** pract. Arzt in Alsleben a. d. S.; Dr. **Stolte,** pract. Arzt in Potsdam; Dr. **Behrend,** pract. Arzt in Goldberg (Schlesien); Dr. **Richter** in Berlin; Dr. **Carl Beier,** pract. Arzt in Leipzig; Dr. **Tieftrunk,** pract. Arzt in Halle a. S.; Dr. **Neide,** pract. Arzt in Tarnowitz; Dr. **Maffei,** pract. Arzt in Salzburg; Dr. **Finn,** pract. Arzt in Gross-Breitenbach; Dr. **Anton Schönach,** pract. Arzt in Inspruck; Dr. **Cornet,** pract. Arzt in Hall (Tyrol); Dr. **Polack,** pract. Arzt in Ischl; Dr. **Hirschfeld,** pract. Arzt in Tuchel (Reg.-Bez. Marienwerder); Med. Chir. u. Accouch. **Schneider** in Hohenfriedeberg (Schlesien); Magister d. Zahnheilkunde u. Geburtsarzt Dr. **A. M. Lowy** in Wien; Dr. **Jos. Blaschke,** pract Arzt in Neutitschein (Mähren); Dr. **Schmidt,** pract. Arzt in Königsberg in Pr.; Dr. **Cohn,** pract. Arzt in Berlin; Dr. **W. Pauly,** pract. Arzt in Landau; Dr. **Krüger,** pract. Arzt in Tennstädt (Reg-Bez. Frfurt); Landarzt **Mohr** in Eichstädt (Baiern); Dr. **S. Jeiteles,** pract. Arzt in Prag; Stadtwundarzt **Joseph Pur** in Freiberg (Mähren); Dr. **A. Kaan,** pract. Arzt in Triest; Dr. **Hengstenberg,** pract. Arzt in Meurs (Rhein-Prov.); Chir., Accouch. u. Dentist **Nowottny** in Böhm. Leipa; Dr. **N. H. Tiedemann,** pract. Arzt in Wöhrden (Holstein); Dr. **Körner,** pract. Arzt in Itzehöe; Dr. **L. Raudnitz,** pract. Arzt in Wien u. A. m.;

seine hohe rationelle Würdigung gefunden und ***über alle Nachbildungen*** gestellt worden ist — (so z. B. attestirt der Kgl. Sächs. Prof. an der Univers. zu Leipzig, Hr. Dr. Braun: «dass die Goldbergerschen galvano-electr. Ketten gegen Rheumatismus und »andere dergleichen Uebel ***den Vorzug vor anderen dergl. Fabrikaten*** »***verdienen,*** auch sich als äusserst wirksam und heilbringend bewiesen haben, »bescheinigt auf Verlangen. Leipzig, den 5. Mai 1849. Prof. Dr. Braun.») — während andererseits die wohlthätige und heilkräftige Wirkung der Goldbergerschen Ketten auf empirischem (erfahrungsgemässem) Wege durch mehr als ***Ein Tausend amtlich beglaubigte*** Atteste hochachtbarer Personen, die in einer gedruckten Broschüre zusammengestellt, in sämmtlichen Dépôts der Goldbergerschen Ketten unentgeldlich ausgegeben werden, ausser allen Zweifel gesetzt, und die ***Celebrität*** dieser Ketten hierdurch vollkommen gerechtfertigt ist.

J. T. GOLDBERGER, in Berlin, vorm. in Tarnowitz,
K. K. Oesterr. privilegirte und Kgl. Preuss. concessionirte Fabrik galvano-electrischer Apparate.

Zur Bequemlichkeit des auswärtigen Publikums sind die Goldbergerschen Rheumatismus-Ketten auch vorräthig: in Birnbaum bei Herrn J. M. Strich; in Bromberg bei Herrn C. F. Beleites; in Chodziesen bei Herrn Kämmerer Breite; in Inowraclaw bei dem Königl. Assistenz-Arzt Herrn Hoffmann; in Lissa bei Herrn J. L. Hausen; in Nakel bei Herrn L. A. Kallmann; in Rawicz bei Herrn J. P. Ollendorf; in Schmiegel bei Herrn Jacob Hamburger.

Al Signor Michele Averino.
SONETTO.

Un provvido Nume, ed ognor clemente,
Ti compartì vigor, forza ed ingegno;
Di laude e d'onor tu sei sempre degno,
Sei nell' arte tua sempre il più potente.
Così fai stupir ogni umana mente
Che del tuo gran oprar, a sommo segno,
Ricavi l'applauso, d'amistà il pegno,
Di cui ti colma numerosa gente.
Godi adunque del tuo felice stato,
Se mai vi alberga felicità in terra!
E lieto vivi con tua gloria a lato.
Se talor la sorte il tuo ben afferra,
Non ti turbar, serba l'umor usato,
La sorte cangia, e non fa sempre guerra!

J. Brancovich.

Saamen-Anzeige.

Unsere neuen in- und ausländischen Oekonomie-, Wald- und Garten-Sämereien empfehlen wir laut Preis-Verzeichniß pro 1850, welches in unserm Geschäfts-Lokale gratis verabreicht, auch auf Verlangen postfrei zugesendet wird.

Gebrüder Auerbach,
Saamenhandlung zu Posen.

Das allgemein beliebte

Klettenwurzel-Oel,

das beste Mittel für den Haarwuchs, à Flacon $7\frac{1}{2}$ Sgr., ist wiederum vorräthig bei

J. J. Heine,
Markt 85.

Trockenes Seegras verkauft billigst Samson Töplitz, Schuhmacherstr. No. 1.

Odeum.

Sonnabend den 23. Februar:

Große Redoute

mit und ohne Maske.

Entrée an der Kasse 10 Sgr. Damen frei. Billets im Hause bis Sonnabend Nachmitt. 4 Uhr $7\frac{1}{2}$ Sgr. Das Nähere die Anschlagezettel.

J. Lambert.

Zur **Besprechung** und **Vorbeugung** über die täglich vorkommenden **Willführlichkeiten** der **Stargardt-Posener Eisenbahn-Direktion** und deren **Beamten** bei der hiesigen Güter-Expedition, laden die Unterzeichneten den ganzen hiesigen **Kaufmannsstand**, wie auch das sonst betheiligte **Publikum**

zu Sonnabend den 23. Februar Nachmittags 3 Uhr im Krätschmannschen Lokale in der Wronkerstraße ein.

C. Müller & Comp. Jacob Königsberger. D. Goldberg. S. Kronthal. Döppner für **E. S. Mittler. Jacob Schönlank. Ludwig Johann Meyer. Nathan Charig. Gebr. Friedländer. Gebr. Korach. Hartwig Kantorowicz.**

Diejenigen Bürger, welche sich durch Beiträge an dem Ehren-Geschenk für einen Mitbürger betheiligt haben, werden gebeten, sich Sonnabend den 23. d. Nachmittags 2 Uhr im Vorsaale des Hôtel de Saxe einzufinden.

Auf die Annonce des Bürgermeister Arndt zu Obornik, No. 42 Posener Zeitung, erwidere ich, daß mein Aufsatz in No. 274 der Posener Zeitung vom v. J. der Wahrheit gemäß ist, und der Genugthuung, die sich der Bürgermeister Arndt verschaffen will, mit Ruhe entgegensehe.

Posen, den 21. Februar 1850.

Friedr. Drechsler, Schiffseigenth.

Verloren.

Eine silberne Broche in Form eines Pfeils ist verloren gegangen. Der Finder wolle dieselbe eine Treppe hoch im Posthause gegen angemessene Belohnung zurückgeben.

Es ist Mittwoch eine goldene Cylinder-Uhr, die Rückseite mit Emaille ausgelegt, in der Größe eines Achtgroschenstücks, nebst kurzer goldner Kette, verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine angemessene Belohnung in der Expedition dieser Zeitung abzuliefern. Vor Ankauf wird streng gewarnt.

Thermometer- u. Barometerstand, so wie Windrichtung zu Posen, vom 10. bis 16. Februar 1850.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometerstand.	Wind.
10. Feb.	+ 1,7°	+ 5,0°	27 Z. 5,5 L.	W.
11. =	+ 1,3°	+ 3,7°	27 = 2,3 =	W.
12. =	+ 1,0°	+ 4,2°	27 = 3,0 =	W.
13. =	+ 0,0°	+ 2,0°	27 = 2,2 =	NW.
14. =	— 1,7°	+ 1,5°	27 = 10,1 =	SW.
15. =	— 0,0°	+ 2,2°	27 = 11,0 =	W.
16. =	+ 1,7°	+ 4,6°	27 = 6,3 =	W.